

300 Millionen Franken für administrativ Versorgte

Artikel von Jan Flückiger, Neue Zürcher Zeitung, 15. Januar 2015

Mit 3 Leserkomentaren

URL: <http://www.nzz.ch/schweiz/300-millionen-franken-fuer-administrativ-versorgte-1.18461284>

(Stand: 15. Januar 2015, 08.30)

Neue Zürcher Zeitung

Wiedergutmachung

300 Millionen Franken für administrativ Versorgte

Jan Flückiger, Bern 14.1.2015, 19:03 Uhr

Mit 3 Kommentaren



Wer vom Staat Unrecht erlitt – wie diese Verdingkinder in den 1950er Jahren –, soll entschädigt werden. (Bild: Walter Studer / Keystone)

Der Bundesrat will die Anliegen der Wiedergutmachungsinitiative zumindest teilweise erfüllen. Die Initianten sprechen von einem «Meilenstein». Vor einem allfälligen Rückzug der Initiative müsse das Parlament aber erst Farbe bekennen.

Verdingt, weggesperrt, ins Heim gesteckt, zwangssterilisiert, für Medikamentenversuche missbraucht – das Leiden der Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen in der Schweiz hatte viele Facetten. Aus heutiger Sicht sind diese Massnahmen schwer nachvollziehbar. Nach der offiziellen Anerkennung ihres Leids durch Bundesrat und Parlament sollen die Betroffenen jetzt auch finanziell entschädigt werden. Der Bundesrat hat am Mittwoch entschieden, dafür 250 bis 300 Millionen Franken vorzusehen.

Damit kommt er den Initianten der Wiedergutmachungsinitiative entgegen, die ihr Anliegen am 19. Dezember des vergangenen Jahres eingereicht hatten. Die Initiative verlangt – neben der wissenschaftlichen Aufarbeitung – 500 Millionen Franken Entschädigung. Mit dem indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates wäre das Geld schneller bei den Betroffenen, sagt Luzius Mader, Delegierter des Bundes für Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen. Das sei wichtig, da manche alt oder bei schlechter Gesundheit seien. Würde das Gesetz schnell in Kraft gesetzt, könnten viele von ihnen noch von der Wiedergutmachung profitieren, so Mader.

Noch ein langer Weg

Die Initianten sprechen in einer ersten Reaktion von einem «Meilenstein». Seit vielen Jahren kämpften die Betroffenen für eine Wiedergutmachung und hätten immer wieder Rückschläge erleben müssen, sagt Guido Fluri, Urheber der Wiedergutmachungsinitiative. «Dass der Bundesrat das erlittene Unrecht der Opfer nun erstmals umfassend anerkennen und finanzielle Leistungen ausrichten will, gibt Hoffnung.» Ein Rückzug der Initiative ist derzeit allerdings noch kein Thema: «Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen», sagt Fluri. Bei der Lösung, die der Bundesrat anstrebe, bleibe vieles im Unklaren. Insbesondere die Höhe der Leistungen müsse vom Justizdepartement erst noch konkretisiert werden. Zudem würden die Vernehmlassung und die parlamentarische Beratung zeigen, was vom indirekten Gegenvorschlag übrig bleibe. «Das Parlament muss jetzt Farbe bekennen.» Bisher fand eine finanzielle Entschädigung der Opfer tatsächlich keine Mehrheit im Parlament. Allerdings sind Vertreter aller Parteien – ausser der SVP – im Initiativkomitee.

Woher das Geld für den indirekten Gegenvorschlag kommen soll, ist noch unklar. Es sei aber davon auszugehen, dass es sich weitgehend um staatliche Mittel handeln werde, sagt Mader. Denkbar wäre wohl auch eine Beteiligung von Kantonen, Kirchen und anderen Organisationen. Gespannt sein darf man auf die Haltung des Schweizerischen Bauernverbandes, der sich bisher gegen eine umfassende finanzielle Entschädigung ausgesprochen hat.

Konkrete Vorschläge soll die Gesetzesvorlage enthalten, die der Bundesrat bis im Sommer in die Vernehmlassung schicken will. Die vorgesehenen finanziellen Leistungen in der Grössenordnung von 250 bis 300 Millionen Franken würden laut Mader Entschädigungszahlungen in der Höhe von 20 000 bis 25 000 Franken pro betroffene Person ermöglichen. Der Bundesrat geht von 12 000 bis 15 000 Opfern aus. Die Initianten schätzen die Zahl höher ein. Dazu werde die bereits eingeleitete wissenschaftliche Untersuchung genauere Grundlagen liefern, hält der Bundesrat in seiner Mitteilung fest.

Soforthilfe bald zu Ende

In den letzten Jahren gab es bereits erste Schritte zur Rehabilitierung der Betroffenen. An einem Gedenk Anlass bat Justizministerin Simonetta Sommaruga im April 2013 die Opfer im Namen des Bundesrats um Entschuldigung. Ein Jahr später verabschiedete das Parlament ein Gesetz, mit dem das Unrecht anerkannt wird. Eine finanzielle Wiedergutmachung ist darin allerdings nicht vorgesehen. Vorerst gibt es lediglich einen Soforthilfefonds. In dessen Rahmen wurden nach Angaben von Mader bisher rund 3,4 Millionen Franken an 430 Personen ausgezahlt. Das sind durchschnittlich rund 8000 Franken pro Person. Die Frist für Soforthilfe-Gesuche läuft Ende Juni 2015 ab.

Neben der Soforthilfe hatte ein von Justizministerin Simonetta Sommaruga ins Leben gerufener runder Tisch die Schaffung von Gesetzesgrundlagen für finanzielle Leistungen vorgeschlagen.

Diese sollen es ermöglichen, allen Opfern – nicht nur denjenigen, die sich heute in einer finanziellen Notlage befinden – gewisse finanzielle Leistungen als Anerkennung des erlittenen Unrechts und als Zeichen gesellschaftlicher Solidarität zukommen zu lassen.

Fürsorgerische Zwangsmassnahmen wurden in der Schweiz bis 1981 angeordnet. Manche der Opfer wurden als Kinder an Bauernhöfe verdingt, andere zwangssterilisiert, für Medikamentenversuche missbraucht oder wegen «Arbeitsscheu», «lasterhaften Lebenswandels» oder «Liederlichkeit» weggesperrt. Der Zugang zu Gerichten blieb den Betroffenen meist verwehrt.

Mehr zum Thema

- [Opfer administrativer Zwangsmassnahmen
500 Millionen Franken für Wiedergutmachung](#)
1.4.2014
- [Ehemalige Verdingkinder kritisieren Bund
Unruhe am runden Tisch](#)
10.6.2014, 14:59 Uhr

Kommentare

[ha zet](#) • [vor 13 Stunden](#)

Wie gross ist der Beitrag derjenigen Landwirtschaftsbetriebe, die die "verdingten Menschen" fast wie Sklaven gehalten und dabei von der sehr billigen Arbeitskraft profitiert hatten?

[Gunther Kropp](#) zu [ha zet](#) • [vor 11 Stunden](#)

In fünfzig Jahren wird möglicherweise jemand schreiben: Menschen wurden versorgt und bevormundet, damit eine Sozial-Industrie gute Geschäfte machen konnte.

[Mario Ernst](#) • [vor 13 Stunden](#)

Wir würden wohl das Adjektiv "fürsorgerisch" in Zukunft besser weglassen bei der Beschreibung dieser Greuelthaten.